

Europa der Regionen und Kommunen.

Die regionale und die kommunale Ebene sind bedeutende Akteure bei der Ausgestaltung einer bürgernahen Politik in der Europäischen Union. Der Verfassungsvertrag erkennt erstmalig diese wichtige Funktion an, indem er in seinen Bestimmungen über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auch auf die staatlichen Untergliederungen Bezug nimmt und dem Ausschuss der Regionen (AdR) hierbei eine wesentliche Rolle zuweist. Die Reflexionsphase nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden sollte daher aus Sicht der Regionen und Kommunen insbesondere zu einer Auseinandersetzung mit dem Subsidiaritätsprinzip genützt werden. Bereits auf Basis der bestehenden Verträge können institutionelle und operative Verbesserungen zugunsten einer stärkeren Einbeziehung der Regionen und Kommunen ins Auge gefasst werden. Zentrales Thema dieser Überlegungen ist es, die lokalen und regionalen Akteure durch frühzeitige Information in die Lage zu versetzen, auf konkrete legislative Vorschläge der Kommission besser Einfluss nehmen zu können. Daneben besteht in den einzelnen Mitgliedstaaten für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Möglichkeit, sich verstärkt – gegebenenfalls grenzüberschreitend – zu vernetzen und sich auf diese Weise auf europäischer Ebene stärker Gehör zu verschaffen. Denn vor dem Hintergrund der Vielgestaltigkeit der Europäischen Union werden die Akzeptanz und damit auch der Erfolg der europäischen Integration nicht zuletzt davon abhängen, dass die regionalen Identitäten und Kulturen bewahrt und eingebunden werden. Europa muss dort wahrgenommen und gelebt werden, wo sich seine Bürger zu Hause fühlen.

I. Bürgernahe Politik: Der Beitrag der Regionen und Kommunen

Der erste Teil der Konferenz „Europa fängt zu Hause an“ befasst sich mit dem Beitrag der Regionen und Kommunen zu mehr Bürgernähe innerhalb der Europäischen Union. Aufgrund ihrer örtlichen Präsenz sind die Vertreterinnen und Vertreter der Regionen, Städte und Gemeinden besser in der Lage, die Anliegen und Sorgen der Menschen aus der unmittelbaren Begegnung aufzugreifen und diese im europäischen Entscheidungsfindungsprozess einzubringen. Die Subsidiaritätskonferenz wird in diesem Zusammenhang eine Gelegenheit zum Gedankenaustausch der Vertreterinnen und Vertreter lokaler und regionaler Gebietskörperschaften darstellen. Dies soll zu konkreten Vorschlägen führen, um eine Stärkung der Subsidiaritätskultur „von unten nach oben“ in Europa zu bewirken und die praktische Rolle der Regionen bei der Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips aufzuwerten.